

# C-1

**Titel** Landnahme auf Agrarflächen stoppen

**Antragsteller\*innen**

**Adressat\*innen**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Landnahme auf Agrarflächen stoppen

- 1 Landnahme auf Agrarflächen stoppen!
- 2 Ackerland ist keine Kapitalanlage für Investoren, sondern Lebensgrundlage von Landwirt\*innen. Die Boden-
- 3 preise steigen seit Jahren, weshalb sich die Agrarindustrie Europas zunehmend mit Schwierigkeiten der Kos-
- 4 tendendeckung konfrontiert sieht.
- 5 Zu den größten Ackerbesitzer\*innen Deutschlands gehören die Munich Re, die Immobiliengruppe
- 6 Lindhorst, der Bauunternehmer und Milliardär Kurt Zech, der Möbelfabrikant und Milliardär Bruno
- 7 Steinhoff, der Heizungshersteller und Milliardär Martin Viessmann, der Einzelhändler und
- 8 Milliardär Stefan Heinig und die Milliardäre der Albrecht-Familie. Genau diese landwirtschaftsfernen Investo-
- 9 ren nutzen die Agrarflächen als Kapitalanlage.
- 10 Die Albrecht-Familie diktiert nicht nur Lebensmittelpreise wie den Milchpreis durch den Albrecht Discount
- 11 (ALDI), sondern stiehlt Landwirt\*innen auch die Ackerflächen.
- 12 Es muss ein Transparenzregister für sämtliche Grundstücke Deutschlands geschaffen werden, denn es ist von
- 13 öffentlichen Interesse zu wissen, wem der Boden in Deutschland gehört. Wir fordern die Vergesellschaftung
- 14 des Besitzes an Agrarflächen von privaten
- 15 Großgrundbesitzer\*innen, insbesondere von agrarfernen und nichtlandwirtschaftlichen Besitzer\*innen. Ge-
- 16 nossenschaftliche Erzeuger\*innengemeinschaften können die Flächen nachhaltig, gemeinwohlorientiert und
- 17 sinnvoller bewirtschaften, deswegen sind diese zu fördern.
- 18 Klare Angaben bezüglich des Bedarfs an Ertragsflächen, Flächen für Viehzucht, Stromproduktion und Ähn-
- 19 lichem müssen von Land und Bund entwickelt werden. Der Markt darf nicht die kurzfristig finanziell renta-
- 20 belste Methode, die der Monokulturen, für die Ackerflächen etablieren, sondern es muss ein gesundes und
- 21 nachhaltiges Verhältnis zwischen den Flächennutzungen geschaffen werden. Die nachhaltige Versorgungssi-
- 22 cherheit Deutschlands ist von elementarer Bedeutung! Ein Verbot der Sharedeals bei Agrarflächenverkäufen ist
- 23 essentiell, denn jene führen ansonsten dazu, dass das Grundstückverkehrsgesetz umgangen wird und Nicht-
- 24 landwirt\*innen durch den Kauf von Anteilen an Agrar-Holdings zu Agrarflächen kommen.
- 25 Weitere Anpassungen des Grundstückverkehrsgesetzes sind bzgl. der Vorkaufsrechte durchzuführen. Lan-
- 26 desregierungen brauchen diese, um langfristig günstige Verpachtung und geforderte Flächennutzungen zu
- 27 gewährleisten.
- 28 Die Kommunen, die Länder und der Bund dürfen keine weiteren Agrarflächen verkaufen, sondern dürfen diese
- 29 ausschließlich und langfristig in direkter Linie an Landwirt\*innen verpachten.
- 30 Insbesondere nachhaltige, gemeinnützige und genossenschaftliche
- 31 Erzeuger\*innengemeinschaften müssen diese Flächen bekommen. Vergabekriterien sind entsprechend dem
- 32 Gemeinwohl anzupassen. Agrarferne und nichtlandwirtschaftliche Investoren bei Agrarflächen sind weltweit

33 zu verhindern. Es braucht eine wirkliche Agrarreform, denn es muss für jeden Menschen, welcher in der Land-  
34 wirtschaft arbeiten will, eine lebenswerte Zukunft garantiert sein.

35 Die Forderungen kurz zusammengefasst:

36 1. Wir fordern ein Transparenzregister für sämtliche Grundstücke Deutschlands.

37 2. Wir fordern die Vergesellschaftung des Besitzes an Agrarflächen von privaten Großgrundbesitzer\*in-  
38 nen und eine Förderung von genossenschaftliche Erzeuger\*innengemeinschaften.

39 3. Wir fordern eine nachhaltige Versorgungssicherheit mit klaren Angaben von Bund und Land bzgl. Nut-  
40 zungen auf Landwirtschaftlichen Flächen.

41 4. Wir fordern Anpassungen des Grundstückverkehrsgesetzes, ein Verbot von Sharedeals und ein Vorkaufs-  
42 recht der Landesregierungen und der Kommunen.

43 Wir fordern ein Ende des Verkaufs von kommunalen, landes- und bundeseigenen Agrarflächen, stattdessen  
44 brauchen wir Verpachtungen mit einem gemeinwohlorientierten Vergabekriterienkatalog.

## Antragsteller\*innen

**E-Mail:** maximilian.janicher@spd.de

**Telefon:**